

Positionspapier

des FÖJ Sprecher*innensystems 2024/25



Freiwilliges
Ökologisches
Jahr

Inhalt

1 Verkehr und Infrastruktur / Pflichtdienstdebatte	3
1.1 Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel	3
1.2 Recht auf Freiwilligendienst	3
1.3 Freiwilligkeit stärken – Pflichtjahr ablehnen	4
2 Bildung, Inklusion und Demokratie	5
2.1 FÖJ für alle zugänglicher machen	5
2.2 Inner- und außerschulische Diskursförderung	5
3 Soziales	6
3.1 Freie Fahrt für Freiwillige – Deutschlandticket für 9€	6
3.2 Mehr Vorteile für Freiwillige – Stärkung des Freiwilligenausweises	7
3.3 Bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung (FreiFöG)	7
4 Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz	8
4.1 Einhaltung der Klimaziele und Umweltgesetze	8
4.2 Förderung ökologischer und regionaler landwirtschaftlicher Betriebe	8
4.3 Umsetzung Biodiversität als festes Ziel	9
4.4 Abschaffung von Massentierhaltung	9
4.5 Klimaneutralität bis 2035	10
4.6 Artenschutzprojekte und Verbesserungen der Tierhaltung in öffentlichen und privaten Betrieben und Einrichtungen fördern.	10

Positionspapier der Sprecher*innen des Freiwilligen Ökologischen Jahres im Jahrgang 2024/25 nach dem Themenbeschluss auf der zweiten Bundesdeligiertekonferenz im Hamburg, Februar 2025. Gültig im Sinne des endgültigen Beschlusses der FÖJ Bundessprecher*innen Paolo Müller, Yara Medlal, Ben Kraft, Dorothea Issel und Nils Reddersen

1 Verkehr und Infrastruktur / Pflichtdienstdebatte

1.1 Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel

Viele Freiwillige sind täglich auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, um ihre Einsatzstellen zu erreichen. Zusätzlich nutzen sie diese, um an Terminen im Rahmen des FÖJ teilzunehmen. Eine marode Infrastruktur führt unter anderem häufig zu starken Verspätungen. Vor allem in ländlichen Regionen ist dies ein besonders gravierendes Problem, da der ÖPNV dort ohnehin nur selten verkehrt. Dadurch wird den Freiwilligen die Möglichkeit genommen, auf ein umweltschonenderes Verkehrsmittel mit einem deutlich geringeren CO₂-Ausstoß pro Personenkilometer als zum Beispiel ein Auto zurückzugreifen.

Deshalb fordern wir: den umfassenden Ausbau eines verlässlichen, öffentlichen und nachhaltigen Verkehrsnetzes, das eine flexible und umweltschonende Mobilität ermöglicht.

1.2 Recht auf Freiwilligendienst

Aktuell wird das Potential von Freiwilligendiensten nicht hinreichend ausgeschöpft. Der Bund finanziert weniger Plätze, als es Jugendliche gibt, welche ein Interesse an einem solchen Dienst zeigen.

Ein Rechtsanspruch garantiert die Finanzierung der Stelle, wenn junge Menschen, Einsatzstellen und Träger sich auf den Abschluss einer Freiwilligendienstvereinbarung einigen. Dies ermöglicht nicht nur mehr junges Engagement, sondern reduziert den Verwaltungsaufwand der Träger durch absolute finanzielle Sicherheit.

Deshalb fordern wir: einen Rechtsanspruch auf einen Freiwilligendienst, damit jede*r Interessent*in einen Platz erhält und sich freiwillig für die Gesellschaft engagieren kann.

1.3 Freiwilligkeit stärken – Pflichtjahr ablehnen

Ein Pflichtjahr steht exemplarisch für die Tendenz der Politik, über die Köpfe von jungen Menschen hinweg Entscheidungen zu treffen, die hauptsächlich diese betreffen. Zudem bekämpft man mit der Verpflichtung junger Menschen als billige Arbeitskräfte in sozialen Berufen (wie z. B. Altenpfleger*in) zwar das Symptom des Personalmangels, aber nicht die Ursachen für diesen, wie z. B. schlechte Bezahlung oder Probleme im Arbeitsumfeld.

Der freiwillige Entschluss, sich zu engagieren, ist nicht nur ein zentraler Bestandteil des Freiwilligen Ökologischen Jahres und seines Sprecher*innensystems, sondern auch die Basis unserer Gesellschaft. Es ist nicht der Beschluss einer Einzelperson, sondern das Engagement vieler, das unsere Gesellschaft trägt.

Deshalb fordern wir: eine klare Ablehnung eines allgemeinen Pflichtjahres oder andere im Grundsatz ähnliche Forderungen, wie einen verpflichtenden Wehrdienst.

Ein Freiwilligendienst muss freiwillig bleiben. Nur so kann er wirken – als Raum für persönliche Entwicklung, gesellschaftliches Engagement und echte Motivation fürs Mitgestalten.

2 Bildung, Inklusion und Demokratie

2.1 FÖJ für alle zugänglicher machen

Aktuell ist das FÖJ nicht für alle Menschen gleich zugänglich. Besonders marginalisierte Gruppen – zum Beispiel Menschen mit psychischen Erkrankungen, Migrationsgeschichte oder körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen – stoßen auf Barrieren, etwa durch fehlende pädagogische Begleitung oder unzureichende Strukturen, in Einsatzstellen und Seminaren.

Deshalb fordern wir: Rahmenbedingungen, die allen Menschen – unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen – eine Teilnahme am FÖJ und an anderen Freiwilligendiensten ermöglichen. Dazu gehört insbesondere der Ausbau einer verlässlichen und individuell angepassten pädagogischen Begleitung.

2.2 Inner- und außerschulische Diskursförderung

Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen müssen wir unbedingt sicherstellen, dass das Demokratieverständnis durch aktive Teilhabe gestärkt wird.

Vor allem Jugendliche fühlen sich immer wieder von aktuellen politischen Debatten ausgeschlossen. Themen wie Klima, Verkehr oder Pflichtdienst werden häufig ohne die junge Generation besprochen. Dies führt zu Frustration und zum Abwandern der jungen Wähler*innen zu extremistischen Parteien.

Deshalb fordern wir: weitere Räume der Partizipation, zum Beispiel Stammtische, Dorftreffen oder die innerschulischen repräsentativen Systeme wie z. B. Schülersprecher*innen, zu stärken. Diese müssen gezielt für junge Menschen konzipiert sein und diese ansprechen. Außerdem müssen Parteien junge Menschen aktiv an der Diskussion dieser beziehungsweise weiterer gesellschaftlich relevanter Themen beteiligen und sie dabei ernst nehmen. Es braucht ein ehrlich offenes Ohr und Begegnung auf Augenhöhe, um die Bedürfnisse der jungen Menschen wahrzunehmen.

3 Soziales

Ein Freiwilligendienst im Rahmen des FÖJ ist ein bedeutender Beitrag junger Menschen für die Gesellschaft. Damit dieses gesellschaftlich wertvolle Engagement erhalten bleibt und für alle zugänglich gemacht wird, braucht es strukturelle Verbesserungen: Beispielsweise sind eine angemessene finanzielle Absicherung und eine bessere Lebensgrundlage für die Freiwilligen unabdingbar.

3.1 Freie Fahrt für Freiwillige – Deutschlandticket für 9€

Für die rund 3200 Teilnehmenden im FÖJ 2024/25 variieren Vergünstigungen im öffentlichen Personennahverkehr je nach Bundesland und Träger stark oder fehlen ganz.

Selbst dort, wo Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden, bleibt der Eigenanteil im Verhältnis zum Taschengeld oft zu hoch, sodass nicht alle Interessierten mobil genug sind, um einen Freiwilligendienst leisten zu können.

Deshalb fordern wir: eine bundeseinheitliche Regelung, die allen Freiwilligendienstleistenden den Zugang zum Deutschlandticket mit einer Preisdeckelung auf neun Euro monatlich ermöglicht.

Die neun Euro ergeben sich dadurch, dass Freiwillige im Schnitt 300–400 € Taschengeld erhalten; 9 € für das Deutschlandticket entsprechen damit einem Anteil von rund 2,5 % des Entgelts. Das reguläre Ticket für 58 € entspricht ebenfalls etwa 2,5 % des durchschnittlichen deutschen Nettoeinkommens von 2.300 € (Quelle: Statista).

3.2 Mehr Vorteile für Freiwillige – Stärkung des Freiwilligenausweises

Deutschlandweit variieren die Vorteile des Freiwilligenausweises stark. Während einige Einrichtungen Vergünstigungen bieten, haben andere keine Kenntnis von dem Ausweis und dementsprechend keine Rabattierungen. Dabei ist ein finanzielles Entgegenkommen für Freiwilligendienstleistende essenziell, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können.

Deshalb fordern wir: die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Freiwilligenausweis sowie eine Ausweitung der verbindlichen Benefits für Freiwilligendienstleistende. Außerdem halten wir eine bundesweite Kampagne zur Bekanntmachung des Ausweises für höchst wünschenswert, damit der Ausweis im Alltag der Menschen ankommt.

Zudem sehen wir im Freiwilligenausweis das Potential, weitere Funktionen zu übernehmen, wie z. B. den Nachweis über eine Zeitfahrkarte via NFC.

3.3 Bedarfsgerechte finanzielle Unterstützung (FreiFöG)

Aktuell können es sich hauptsächlich Jugendliche und junge Erwachsene mit stabilem privatem finanziellen Hintergrund leisten, ein FÖJ zu absolvieren. Ein Grund hierfür ist das häufig geringe Entgelt, das es vielen Interessent*innen ohne ausreichend finanzielle Mittel unmöglich macht, den Freiwilligendienst zu absolvieren, ohne langfristige finanzielle Konsequenzen befürchten zu müssen. Auch bestehende Freiwillige stoßen häufig an finanzielle Grenzen, insbesondere wenn sie für ihren Einsatzort eine eigene Wohnung finanzieren müssen.

Deshalb fordern wir: die Einführung eines bürokratiearmen, bedarfsabhartigen Förderinstruments (FreiFöG). Angelehnt an das Schüler*innen-BAFöG, aber unabhängig vom Einkommen der Eltern, soll die Förderung sich am tatsächlichen Entgelt der Einsatzstelle orientieren und nicht rückzahlungspflichtig sein. Dadurch könnten auch weniger privilegierte junge Menschen ein FÖJ absolvieren und deutschlandweit flexibler eine passende Einsatzstelle wählen.

4 Umwelt, Landwirtschaft und Tierschutz

4.1 Einhaltung der Klimaziele und Umweltgesetze

Das Artensterben und die Zerstörung der Umwelt haben in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und der vom Menschen gemachte Klimawandel leistet einen erheblichen Beitrag. Deutschland hat sich im Pariser Klimaabkommen dazu verpflichtet, die darin gesteckten Klimaziele einzuhalten. Doch aktuell ist Deutschland noch weit von diesen Klimazielen entfernt.

Im Umweltschutz werden die vorhandenen Gesetze entweder nur unzureichend durchgesetzt und immer wieder aufgeweicht.

Deshalb fordern wir: das Einhalten und Ausbauen unserer Umweltgesetze und Klimaziele im Sinne des Pariser Klimaabkommens sowie die konsequente Ahndung von Verstößen.

4.2 Förderung ökologischer und regionaler landwirtschaftlicher Betriebe

(1) In Zeiten des Klimawandels gewinnt der Schutz unserer Umwelt zunehmend an Bedeutung. Besonders im Bereich der Landwirtschaft ist es entscheidend, Maßnahmen zur Reduzierung von Treibhausgasen zu ergreifen.

Deshalb fordern wir: die Stärkung regionaler Betriebe, um Lieferketten zu verkürzen und Emissionen zu verringern. Dabei ist es wichtig, saisonale Lebensmittel für Konsument*innen attraktiver zu machen und landwirtschaftliche Betriebe sowohl finanziell als auch durch ausreichende Informationsmöglichkeiten zu fördern.

(2) Die ökologische Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle für eine nachhaltige Zukunft. Sie schont natürliche Ressourcen, schützt die Umwelt und liefert gesunde Lebensmittel.

Deshalb fordern wir: den Verzicht auf chemische Pestizide. Durch den Einsatz umweltschonender Anbaumethoden wird ein wichtiger Beitrag zum Erhalt von Flora und Fauna geleistet. Die Umstellung auf ökologische Anbauverfahren muss vom Staat mehr Subventionen erhalten. Auch sind Anreize notwendig, um die biodynamische Landwirtschaft attraktiver zu machen.

4.3 Umsetzung Biodiversität als festes Ziel

Schätzungen von Greenpeace gehen davon aus, dass täglich 130 bis 150 Arten sterben. In den Roten Listen werden aktuell über 30 000 Arten von Tieren, Pflanzen und Pilzen in Deutschland erfasst, die einen Bedrohungsstatus haben.

Deshalb fordern wir: ein konsequentes und zeitnahes Handeln. Jede dieser Arten ist ein wichtiger Teil unseres Ökosystems und ihr Fehlen gefährdet dessen Stabilität.

4.4 Abschaffung von Massentierhaltung

Laut Ernährungsreport 2024 des BMEL ist ein Bestandteil von 86 % der alltäglichen Ernährung in Deutschland tierischen Ursprungs. Die häufigste Form der Haltung ist hierbei die Massentierhaltung oder auch industrielle Tierhaltung. Bei dieser leiden die Tiere große Qualen, da ihre Bedürfnisse massiv eingeschränkt werden.

Das mit Massentierhaltung verbundene Tierleid ist ethisch nicht vertretbar.

Statt Massentierhaltung sollten tierfreundliche Haltungsformen gefördert und ausgebaut werden.

Deshalb fordern wir: die grundsätzliche Abschaffung aller Formen der industriellen Tierhaltung. Tiere sollten nicht für den Nutzen des Menschen leiden.

4.5 Klimaneutralität bis 2035

Bis 2045 soll Deutschland netto treibhausgasneutral werden. Dabei werden Klimaziele immer wieder zugunsten umweltbelastender und antiquierter Technologien und Energien verbogen und aufgeweicht. Die Klimakrise ist so akut wie noch nie – starke Stürme, extreme Temperaturen und verheerende Überflutungen waren in den letzten Jahren immer öfter zu verzeichnen. Die Klimakrise betrifft jede*n Einzelne*n und schreitet rasch voran.

Deshalb fordern wir: Deutschlands Klimaneutralität bis 2035 – 10 Jahre vor dem aktuellen Ziel, denn die Klimaerwärmung wartet nicht.

4.6 Artenschutzprojekte und Verbesserungen der Tierhaltung in öffentlichen und privaten Betrieben und Einrichtungen fördern

Die Rote Liste der IUCN zählt zurzeit (Stand 27. März 2025) 47.187 bedrohte Arten. Viele davon sind auch in Deutschland heimisch, wie zum Beispiel der Feldhamster, die Hufeisennase oder die europäische Sumpfschildkröte.

Gleichzeitig leiden tagtäglich unzählige Tiere unter mangelhaften Haltungsbedingungen – sowohl in der privaten Tierhaltung als auch in landwirtschaftlichen und öffentlichen Betrieben. Ein solcher Umgang mit Tieren ist ethisch nicht vertretbar.

Deshalb fordern wir: sowohl die Förderung und den Ausbau von bestehenden sowie neuen Artenschutzprojekten zum Arterhalt besonders gefährdeter Tiere als auch strengere Kontrollen und Maßnahmen zur Sicherstellung des Wohlergehens gehaltener Tiere in Deutschland.